Nr. 289 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 22. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 15 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—, für Ämter- oder Kunstanzeigen 50% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach tarifarischen Sätzen. Beilagegebühr 20 M. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abholung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.49, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Die Antwort an Wilson

Einberufung des Senatsausschusses in Washington — Die amerikanische Note an Oesterreich-Ungarn — Lord Lansdowne für den Beginn der Friedensverhandlungen — Bildung eines tschechisch-slowakischen Kabinetts in Paris

Staatssekretär Scheidemann über die Kriegsanleihe:

Geld pflichtbewußt! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu fünf Prozent anzulegen.

R. Scheidemann

Zur Lage

Die Schwierigkeiten der Antwortnote. — Die Note an die österreichisch-ungarische Regierung. — Der Erpressungsversuch an Holland. — Dänemark und die „Befreiung der kleinen Völker". — Das Antlitz Wilsons.

Jede deutsche Redaktion wartete in der Nacht zum Sonntag auf den Text der Note, deren Inhalt wir nach zuverlässigen Informationen so in Aussicht stellen konnten, wie es in der zweiten Sonntagsausgabe geschehen ist. Dabei kann es sich natürlich nur darum handeln, daß ohne Geheimniskrämerei, aber ebenso sicher auch mit aller erforderlichen Diskretion aus dem vorläufigen Konzept berührt wurde, was sachlich zweifelsfrei maßgeblich für die Antwort und ihren Inhalt bleiben mußte. Wichtig ist natürlich ebenso die Form und die Tonart der Note, deren Verantwortung ebenso wuchtig, wie auf den Schultern der Regierung, auf den Personen der Obersten Heeresleitung ruht. Die militärischen Fragen, die Wilson neuerlich in bewußt einseitiger und agitatorischer Weise dargestellt hat, können ja nur auf Grund der höchsten Sachverständigengutachten erörtert werden. Unsre Front, wo und wie sie jetzt steht, die Absichten und Einschätzungen der Heeresleitung, die den Friedensschritt aus eigener Entschließung mitgetan hat, sind für diesen weiteren Schritt von begreiflicher Bedeutung. Es kommt hinzu, daß auch die andern Probleme eines Vorfriedens zum Teil außerordentlich schwieriger militärischer Natur sind. Der Fragenkomplex der Antwortnote schien am Sonntag mittag doch so weit erledigt zu sein, daß die Antwort als nach bestem Wissen und Gewissen fertiggestellt galt. Da ergaben sich im letzten Augenblick Schwierigkeiten, die sich der öffentlichen Erörterung zunächst entzogen, die aber nun überwunden sind. Es hat durchaus nichts Beunruhigendes an sich, wenn mit der äußersten Gewissenhaftigkeit jedes Für und Wider einer Antwort erwogen wird, die notwendig von so verschiedenartigen Mitwirkenden komponiert werden muß.

Die Note Wilsons an Burian, die den unaufgeklärten Optimismus dieses erfahrenen Staatsmannes noch unerklärlicher macht, hat keinen verzögernden Einfluß auf die deutsche Antwort nach Washington geübt. Jedenfalls muß sich auch der objektivste Beobachter Wilsons gestehen, daß seine Völkerbeglückung immer verdächtigere Züge annimmt. Denn wer so unzweideutig bestrebt ist, jeden kleinsten Zweig der mitteleuropäischen Völkerfamilie vom staatlichen Großstamm abzuspalten, der kann kaum dem Verdacht entgehen, daß er die Völker mit „Freiheit" beglückt, um sie staatlich, d. h. in ihrem Willen ohnmächtig zu machen. In Wien glaubte man offenbar der amerikanischen Note entgegenzukommen und muß nun sehen, daß Wilson offenbar nichts andres anstrebt als die Ohnmacht Mitteleuropas. Wie sicher müssen die allen Geheimverträgen angeblich abholden britisch-amerikanischen Komparenten einander sein, wenn sie das Geschäft so betreiben! Und welcher Zynismus liegt in dem Erpressungsversuch an Holland, das man offenbar vor die Wahl stellt, entweder sich zu Kriegszwecken und einen Teil seines Landes für immer an die Entente auszuliefern oder seine Kolonien, d. h. sein Leben zu verlieren. Denn nach privaten Meldungen, die uns aus bisher stets zuverlässiger Quelle vorliegen, bleibt an dem wesentlichen Inhalt der diesen neuesten Gewaltstreich andeutenden Meldungen aus der Nacht zum Sonntag nichts zu bezweifeln. Sehr richtig hatten auch Berliner Meldungen zu gleicher Zeit auf die „Anmeldung andrer Forderungen" hingewiesen. Daß die dänische Regierung es an dem so gottlob noch immer sehr realistisch begründeten Respekt dabei nicht fehlen läßt, ändert nichts an der Bedeutung des Symptoms.

Hinter allem erblicken wir das Antlitz Wilsons. So sehr wir uns bemühen, vorurteilslos zu sehen und zu urteilen — es fällt schwer, an Absichten eines Menschen- und Friedensfreundes noch zu glauben. Für den Kindermord in Karlsruhe, die andauernden Fliegermorde an unschuldigen Menschen im ganzen Rheinland, die Scheußlichkeiten an deutschen Kriegsgefangenen auf See und in England und Frankreich bringt Herr Wilson nicht ein Quentchen der sittlichen Entrüstung auf, die er auf Grund offensichtlicher Tendenz- und Schwindelberichte uns so freigebig widmet. Sein Herz blutet nicht, wenn französische Städte und ihre friedlichen Bewohner von englischen und amerikanischen Granaten zerrissen werden. Dieses Herz scheint aber alle Schmerzen zu empfinden, die man zur diplomatischen Taktik braucht. Zu einer Taktik, die hinter Verheißungen von Völkerbünden und ewigem Frieden den reinen Eroberungs- und Zerschmetterungskrieg und den Gewaltfrieden betreibt, der aus Mitteleuropa einen einzigen Friedhof machen möchte.

Herr Wilson hat es noch in der Hand, die Rätsel zu lösen, deren fragwürdiger Anblick keine andre Meinung über ihn im Augenblick zuläßt. Er möge bedenken, daß ein Volk von 60 Millionen und ein Volksheer, das sich gegen eine Welt von Feinden so geschlagen hat, wie das deutsche, zwar bis in Verzweiflung getrieben werden kann, daß dieses Verbrechen sich aber rächen muß an denen, die es begehen. Herr Wilson wäre ein schlechter Historiker, wenn er sich dessen nicht noch rechtzeitig erinnern sollte, wenn der „Matin" vielmehr als das Organ des Friedens- und Menschheitsapostels Wilson fortan zu gelten hätte, der bereits wissen will, Wilson werde nicht mehr antworten und die Beendigung des Krieges in einem militaristischen Gewaltfrieden suchen. Keiner, auch Herr Wilson nicht, kann sagen, wohin solche Pläne zuletzt führen würden. Aus der blutigen Sintflut sehnen sich die Völker der Welt heraus. Sehen das deutsche Volk ehrlich, opfermütig bestrebt, alle Friedenshindernisse aus dem Weg zu räumen. Werden sie endlich auch selbst sich freimachen von Zweideutigkeit, militaristischem und anderm, ebenso schlimmem Despotismus? Vor dem jüngsten Tag?

Ukrainischer Nationalrat

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Lemberg, daß das ukrainische Nationalkomitee sich in seiner Sitzung für eine Politik auf Grund des kaiserlichen Manifestes ausgesprochen hat. Die Resolution der Nationalversammlung forderte die Vereinigung aller ethnographischen ukrainischen Gebiete in Galizien, ferner in der nordwestlichen Bukowina bis zum Serethfluß und im Nordosten Ungarns.

Die neue deutsche Note

× Berlin, 21. Oktober. (Amtlich)

Die deutsche Antwort auf die amerikanische Note vom 14. d. M. lautet wie folgt:

Die deutsche Regierung ist bei der Annahme des Vorschlages zur Räumung der besetzten Gebiete davon ausgegangen, daß das Verfahren bei dieser Räumung und die Bedingungen des Waffenstillstandes der Beurteilung militärischer Ratgeber zu überlassen seien und daß das gegenwärtige Kräfteverhältnis an den Fronten den Abmachungen zugrunde zu legen sei, die es sichern und verbürgen. Die deutsche Regierung gibt dem Präsidenten anheim, zur Regelung der Einzelheiten eine Gelegenheit zu schaffen. Sie vertraut darauf, daß der Präsident der Vereinigten Staaten keine Handlung gutheißen wird, die mit der Ehre des deutschen Volkes und mit der Anbahnung eines Friedens der Gerechtigkeit unvereinbar sein würde.

Die deutsche Regierung legt Verwahrung ein gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, der gegen die deutschen Land- und Seestreitkräfte und damit gegen das deutsche Volk erhoben wird.

Zerstörungen werden zur Deckung eines Rückzuges immer notwendig sein und sind insoweit völkerrechtlich gestattet. Die deutschen Truppen haben strengste Weisung, das Privateigentum zu schonen und für die Bevölkerung nach Kräften zu sorgen. Wo trotzdem Ausschreitungen vorkommen, werden die Schuldigen bestraft.

Die deutsche Regierung bestreitet auch, daß die deutsche Marine bei Versenkung von Schiffen Rettungsboote nebst ihren Insassen absichtlich vernichtet hat.

Die deutsche Regierung schlägt vor, in allen diesen Punkten den Sachverhalt durch neutrale Kommissionen aufklären zu lassen.

Um alles zu verhüten, was das Friedenswerk erschweren könnte, sind auf Veranlassung der deutschen Regierung an sämtliche Unterseeboots-Kommandanten Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen, wobei jedoch aus technischen Gründen eine Gewähr dafür nicht übernommen werden kann, daß dieser Befehl jedes in See befindliche Unterseeboot vor seiner Rückkehr erreicht.

Als grundlegende Bedingung für den Frieden bezeichnet der Präsident die Beseitigung jeder auf Willkür beruhenden Macht, die für sich unkontrolliert und aus eigenem Belieben den Frieden der Welt stören kann. Darauf antwortet die deutsche Regierung: Im Deutschen Reich stand der Volksvertretung ein Einfluß auf die Bildung der Regierung bisher nicht zu. Die Verfassung sah bei der Entscheidung über Krieg und Frieden eine Mitwirkung der Volksvertretung nicht vor. In diesen Verhältnissen ist ein grundlegender Wandel eingetreten. Die neue Regierung ist in völliger Uebereinstimmung mit den Wünschen der aus dem gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgegangenen Volksvertretung gebildet. Die Führer der großen Parteien des Reichstages gehören an ihren Mitgliedern. Auch künftig kann keine Regierung ihr Amt antreten oder weiterführen, ohne das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages zu besitzen. Die Verantwortung des Reichskanzlers gegenüber der Volksvertretung wird gesetzlich ausgebaut und sichergestellt. Die erste Tat der neuen Regierung ist gewesen, dem Reichstage ein Gesetz vorzulegen, durch das die Verfassung des Reiches dahin geändert wird, daß zur Entscheidung über Krieg und Frieden die Zustimmung der Volksvertretung erforderlich ist.

Die Gewähr für die Dauer des neuen Systems ruht aber nicht nur in den gesetzlichen Bürgschaften, sondern auch in dem unerschütterlichen Willen des deutschen Volkes, das in seiner großen Mehrheit hinter diesen Reformen steht und deren energische Fortführung fordert.

Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird somit klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes.

Berlin, den 20. Oktober 1918.

gez. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Wilsons Erklärung an Oesterreich

× Washington, 19. Oktober

Folgendes ist der Text der Antwort der Vereinigten Staaten auf die österreichische Note vom 4. Oktober, die in Amsterdam und anderswo am 5. und 6. Oktober veröffentlicht wurde, wie sie vom Staatsdepartement durch den schwedischen Gesandten in Washington an den Minister des Aeußern von Schweden gerichtet wurde:

Staatsdepartement, am 18. Oktober 1918

Mein Herr! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 4. d. M. zu bestätigen, worin Sie eine Mitteilung der k. u. k. Regierung von Oesterreich-Ungarn an den Präsidenten übermittelten. Ich habe jetzt den Auftrag vom Präsidenten, Sie zu ersuchen, so freundlich zu sein und durch Ihre Regierung der k. u. k. Regierung folgende Antwort zukommen zu lassen:

Der Präsident hält es für seine Pflicht, der österreichischen Regierung zu erklären, daß er sich dem gegenwärtigen Vorschlage dieser Regierung wegen gewisser Ereignisse von größter Bedeutung, die seit Abgabe seiner Adresse vom 8. Januar sich ereigneten und notwendigerweise die Haltung und die Verantwortlichkeit der Regierung der Vereinigten Staaten änderten, nicht in Betracht ziehen kann. Unter den 14 Friedensbedingungen, die der Präsident damals formulierte, kam die folgende vor: „Den Völkern Oesterreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, sollte die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden." Seit dieser Satz geschrieben und vor dem Kongreß der Vereinigten Staaten ausgesprochen wurde, hat die Regierung der Vereinigten Staaten anerkannt, daß der Kriegszustand zwischen den Tschecho-Slowaken und dem deutschen und dem österreichisch-ungarischen Reiche besteht und daß der tschecho-slowakische Nationalrat eine de facto kriegführende Regierung ist, die mit der entsprechenden Autorität ausgestattet ist, die militärischen und politischen Angelegenheiten der Tschecho-Slowaken zu leiten. Sie hat auch in der weitestgehenden Weise die Gerechtigkeit der nationalen Aspirationen der Jugoslawen nach Freiheit anerkannt. Der Präsident verfügt deshalb nicht länger über die Freiheit, die bloße „Autonomie" dieser Völker als eine Grundlage für den Frieden anzuerkennen, sondern er ist gezwungen, darauf zu bestehen, daß sie und nicht er Richter darüber sein sollen, welche Aktion auf seiten der österreichisch-ungarischen Regierung ihre Aspirationen und ihre Auffassung von ihren Rechten und ihrer Bestimmung als Mitglieder der Familie der Nationen befriedigen wird.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneuerte Versicherung meiner höchsten Wertschätzung.

gez. Robert Lansing.

*

Die Antwort Wilsons dürfte in Oesterreich nur bei den Tschechen, Slowaken und Jugoslawen ungeteilte Zustimmung finden, in Wien wird sie jedenfalls eine große Enttäuschung hervorrufen. Die Artikel der österreichischen Blätter ließen in den letzten Tagen mehr oder weniger deutlich durchblicken, daß die Absichten Wilsons in Wien bekannt seien, und daß das Manifest des Kaisers Carl an seine Völker von der Kenntnis dieser Absichten nicht ganz unbeeinflußt gewesen sei. Zweifellos sind die Erwartungen, die man in Wien und nicht minder in Budapest an die bevorstehende Antwort Wilsons geknüpft hatte, nicht in Erfüllung gegangen. Die österreichisch-ungarische Regierung hatte gleichzeitig mit der deutschen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten die Annahme seiner Programmpunkte mitgeteilt und ihn um Abschluß eines Waffenstillstandes zur Einleitung der Friedensbesprechungen gebeten. Während Wilson an Deutschland bereits zwei Rückäußerungen gesandt hatte, wartete die österreichisch-ungarische Regierung immer noch auf die Antwort, die ihr jetzt zuteil geworden ist.

Es ist bekannt, daß die Hoffnungen in Oesterreich wie in Ungarn auf einen nahen Frieden eingestellt waren. Graf Burian hat sich noch in seiner letzten Rede in der ungarischen Delegation sehr optimistisch in diesem Sinne ausgesprochen. Die Antwort Wilsons stützt diese Erwartungen in keiner Weise. Sie sagt ausdrücklich, daß nach den „Ereignissen von größter Bedeutung", die seit seiner Rede vom 8. Januar eingetreten seien, das österreichische Ansuchen nicht in Erwägung gezogen werden könne. Was unter diesen Ereignissen zu verstehen ist, wird in der Note weiter ausgeführt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat inzwischen die Tschecho-Slowaken, die bis zu diesem Augenblick noch immer als ein Teil des österreichischen Bundesstaates galten, als selbständige kriegführende Nationen anerkannt, ebenso die „berechtigten nationalen Aspirationen der Jugoslawen". Präsident Wilson begnügt sich deshalb nicht mehr mit der bloßen Autonomie dieser Völker, sondern er räumt ihnen das völlig unbeschränkte Selbstbestimmungsrecht ein. Die slawischen Nationalitäten Oesterreichs werden diesen Wunsch verstehen, und ihrerseits daraus diejenigen Konsequenzen ziehen, die ihnen angebracht erscheinen. Haben sie doch an Wilson eine starke Rückendeckung.

Eine wichtige Reichstagssitzung

Die Sitzung des Reichstags, die am morgigen Dienstag um 2 Uhr nachmittags beginnt, wird hochpolitische Erklärungen bringen. Zunächst wird der Reichskanzler das Wort ergreifen. Daran wird sich eine allgemeine politische Aussprache anschließen, die zwei bis drei Tage in Anspruch nehmen wird. Die Ausführungen des Reichskanzlers werden, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, an die Antwort auf die letzte Wilson-Note anknüpfen. Auch die innerpolitischen Fragen des Ausbaues der Verfassung wird der Kanzler besprechen. Weiter wird uns berichtet:

kg. Berlin, 21. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) **Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird in der nächsten Dienstagssitzung des Deutschen Reichstages eine neue feierliche Erklärung des Präsidenten des Reichstages erfolgen über den Willen des deutschen Volkes, zu einem ehrenvollen Frieden mit dem Feinde zu gelangen, aber keine Forderungen anzunehmen, die die fernere Existenz des deutschen Volkes unmöglich machen würden.**

Mit der Aussprache über den Notenwechsel werden, wie ferner verlautet, die Vorlagen für die Verfassungsänderung und die Verfassungsanträge verbunden werden, die die Mehrheitsparteien vorbereitet haben. Diese Verfassungsanträge stellen eine Erweiterung der Vorlage über die Entscheidung über Krieg und Frieden dar. Sie regeln die Ministerverantwortlichkeit und die Stellung des Reichskanzlers. Sie sehen die Schaffung eines Staatsgerichtshofes vor und sie unterstellen die Militärgewalt der Zivilgewalt. Diese Anträge sollen heute bereits den Verfassungsausschuß beschäftigen. — Das Ermächtigungsgesetz für Uebergangswirtschaft wird vor Erörterung dem Ausschuß für Handel und Gewerbe überwiesen werden. Da weiterer Beratungsstoff zunächst nicht vorliegt, rechnet man damit, daß der Reichstag seine Arbeiten am Ende der Woche beendet haben wird, doch wird sich der Aeltestenrat im Laufe der Woche über die weiteren Dispositionen verständigen.

Rücktritt des ukrainischen Kabinetts

Das ukrainische Gesamtministerium ist, wie aus Kiew berichtet wird, zurückgetreten. Der Hetman hat den bisherigen Ministerpräsidenten Lisogub mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181022/1